

[pnn 26.6.2013 "Das war erst der Einstieg" zur Anpassung der Beamtenbesoldung](#)

"Dass sich die Lage an den Schulen jetzt entspannt, hofft man auch beim Landeselternrat. „Eine zufriedene Lehrerschaft ist Voraussetzung dafür, dass sich die Qualität verbessert“, meint Elternratssprecher Wolfgang Seelbach. „Wir erwarten von den Lehrern mehr Differenzierung im Umgang mit Schülern, dass die mit erhöhtem Bedarf stärker gefördert werden. Das Ergebniss der Visitation zeigt, dass da noch viel Luft nach oben ist“, sagt Seelbach."

MAZ 22.6.2013: "101 Gründe, nicht aufzugeben" zur Bildungssozialarbeit

„Inzwischen fordert auch der Kreisschulbeirat von Kreis, Land und Bund den Erhalt der Bildungssozialarbeiter. „Die Auslastung zeigt: Es gibt langfristig einen kontinuierlichen Bedarf an Schulsozialarbeit“, so Sprecher Wolfgang Seelbach dazu. Am besten sei es deshalb, das derzeitige Personal weiter zu beschäftigen. „Ein häufiger Wechsel wirkt sich ungünstig auf die Arbeit mit den Jugendlichen aus.““

[BraWo 7.6.2013 Kreisschulbeirat fordert Verbesserung der Schulsozialarbeit](#)

"Der Kreisschulbeirat Havelland fordert die Verbesserung der Sozialarbeit an den Bildungsstätten und eine Reisekostenerstattung für Lehrkräfte bei Klassenfahrten ein. Entsprechende Beschlüsse sind auf der jüngsten Sitzung in Nauen gefasst worden, wie deren Sprecher, Wolfgang Seelbach, am Freitag betonte.

Die Mittel für Schulsozialarbeit, die nach dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert wurden, laufen am Jahresende aus. Davon sind allein im Havelland 17 Stellen betroffen. "Es gibt aber einen kontinuierlichen Bedarf, wie die Auslastung zeigt. Ein häufiger Personalwechsel wirkt sich ungünstig auf die Arbeit vor Ort mit den Jugendlichen aus. Wir fordern Kreise, Land und Bund dazu auf, für die Weiterfinanzierung zu sorgen.", hieß es. Weil zudem der Bedarf an allen Schulen mit Blick auf die Schulsozialarbeit steigen werde, das hätten die bisherigen Erfahrungen gezeigt, sollte mindestens eine Stelle an jeder Einrichtung erhalten bleiben.

Bei der Reisekostenerstattung für Lehrer sei dringend eine Aufstockung der Finanzmittel angeraten. Die durch das Bildungsministerium von 150.000 auf 500.000 Euro angewiesene Erhöhung sei zwar "ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber voraussichtlich nicht reichen", wie Seelbach weiter betonte."

1) [MOZ 6.6.2013 Unterrichtsausfall in LOS](#)

2) [MOZ 31.5.2013 Bildungsausschuss Unterrichtsausfall Europaschule Storkow](#)

zu 1) "Der Kreiselternerat des LOS hat am Mittwoch eine Petition an den Landtag Brandenburg verabschiedet. Darin wird der viel zu hohe Unterrichtsausfall an den Schulen beklagt ... Um die benannten Missstände zu beseitigen, fordert der Kreiselternerat in seiner Petition, neue Lehrer einzustellen, die Vertretungsproblematik bei langzeitkranken Lehrern einer Lösung zuzuführen sowie die Klassenfrequenzen auf 23 bis 25 Kindern zu reduzieren.

"Es geht uns nicht darum, mit der Petition eine Partei oder Personen an den Pranger zu stellen", betont Lars Ziemert vom Kreiselternerat. "Wir wollen wachrütteln und sagen, Hilfe, das geht so nicht mehr weiter. Die Kompensationsmöglichkeiten sind längst ausgeschöpft. Wir müssen als Gesellschaft mehr Geld bereitstellen für die Bildung unsere Kinder. Viel zu lange ist nichts getan worden."

Der Wortlaut der Petition gehe auch an die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, sagt Lars Ziemert. "Wir haben auch vor, unsere Wahlkreisabgeordneten mit ins Boot zu nehmen. Und weitere Kreiselterneräte haben ebenfalls angekündigt, eine Petition an den Landtag zu schicken."

zu 2) "Die nüchternen Fakten sind erschreckend: Vom 5. März bis zum 26. Mai sind an der Europaschule Storkow 9,5 Prozent des Unterrichtes ausgefallen. Das hat eine Analyse ergeben, die der Vorsitzende der Schulkonferenz Lars Ziemert vorgenommen hat und im Bildungsausschuss vorstellte. "Dieser Ausfall ist zu hoch", betonte er, "Und die Zahl widerspricht auch den Aussagen der Bildungsministerin von zwei Prozent Ausfallquote im Land." Lars Ziemert forderte: "Wir müssen etwas tun. Die Maßnahmen an der Schule sind alle ausgeschöpft. Es gibt einfach zu wenig Lehrer."

[MOZ 4.6.2013 Gesamtschule steigt in der Beliebtheitsskala](#)

"Immer mehr Eltern schicken nach Beobachtung des Landeselternerats ihre Kinder zum Abitur lieber dorthin, weil sie ein Jahr mehr Zeit haben und nicht einem so großen Leistungsdruck ausgesetzt sind wie am Gymnasium. ...

Die Gesamtschule, glaubt auch Wolfgang Seelbach, Vorsitzender des Landeselternerats, habe unheimlich Sympathien gewonnen und inzwischen ein gutes Image, nicht nur weil Schülern hier ein Jahr mehr Zeit für das Abitur bleibt. "Leider haben die Schüler in vielen Regionen Brandenburgs aber gar keine Wahlmöglichkeit", bedauert Seelbach. In der Uckermark, sagt

Sigrid Bartholomé vom Landeselternrat, gebe es nur eine Gesamtschule, und die steht in Schwedt. ... Das Land, fordert der Vereinsvorsitzende Seelbach, müsse auf die Monotonie des Abitur-Bildungsgangs reagieren. Er schlägt für den ländlichen Raum vor, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen zu fusionieren und mit dem Bau von weiteren Gesamtschulen im Speckgürtel Berlins auf die veränderte Nachfrage zu reagieren."

[MOZ 25.5.2013 Privatschulen auf dem Vormarsch](#)

[pnn 26.6.2013](#)

Das Ministerium sieht in den freien Schulen einen wichtigen Partner für eine "bunte Schullandschaft", die Eltern Alternativen biete. Um die Abwanderung von Eltern, die mit den öffentlichen Schulen unzufrieden sind, Sorge man sich hingegen nicht. Anders sieht das der Landeselternrat. "Eltern, die unzufrieden sind mit zu großen Klassen und massivem Stundenausfall, setzen häufiger auf private Einrichtungen", stellt die stellvertretende Sprecherin des Gremiums, Sigrid Bartolomé, fest. Ihrer Erfahrung nach kommt es jedoch auf das Engagement jeder einzelnen Schule an, ob der Unterricht qualitativ hochwertig ist.

[LINKE diskutiert Bildungspolitik](#)

Auf einer Veranstaltung in Potsdam am 23.5.2013 diskutieren Mitglieder und Abgeordnete der Partei DIE LINKE mit Bildungsinteressierten, u.a. auch dem Landeselternsprecher, grundlegende und aktuelle Themen zur Bildungspolitik. Eingeladen hat der Ortsverband Potsdam-West.

Mehr unter <http://www.bildungsverteiler.de/2013/05/linke-potsdam-diskutiert-bildungspolitik/>

[pnn 2.5.2013 S.12 Verunsicherung an Potsdams Schulen: Neue Kriterien für künftige Klassenfahrten](#)

Für Landeselternsprecher Wolfgang Seelbach hätte es zu der jetzigen Planungspause gar nicht erst kommen müssen. „Ein Konzept, wie künftig mit der Erstattung der Reisekosten für Lehrer umgegangen werden soll, hätte längst schon da sein müssen.“ Schließlich habe es bereits im vergangenen November ein ähnliches Gerichtsurteil in Nordrhein-Westfalen gegeben. ...

„Klassenfahrten haben einen ganz wichtigen pädagogischen Wert“, sagt auch Landeselternsprecher Seelbach. „Das Unterrichtsklima verbessert sich deutlich.“

Dass das Land die Kosten übernehmen müsse, steht für Seelbach außer Frage. ... Elternsprecher Seelbach hingegen hält eine pragmatische Lösung für sinnvoll. „Es müssen in einem Jahr nicht zwei Fahrten sein“, sagt Seelbach.

Unklar ist bislang, wie viel Geld das Land künftig dafür lockermachen will. Derzeit stehen rund 150 000 Euro zur Verfügung – „eine lächerliche Summe“, wie der Sprecher des Landeselternrats meint.

MAZ am 11.04.2013 zum Unterrichtsausfall

„Sowohl die Förderung der Leistungsschwachen als auch der besonders Begabten leidet unter diesen Vertretungsmaßnahmen“, kritisiert der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach. Stattdessen müsse die Vertretungsreserve, also der Pool an Lehrern, die im Notfall einspringen können, von drei auf sechs Prozent erhöht werden.

MAZ 2.4.2013 „Selbst die Jüngsten stehen unter großem Druck“ Ausgabe 2.4.2013 Seite 5

Auch Unterrichtsausfall spiele eine nicht unwesentliche Rolle, erklärte der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach. Ihn hätten besorgniserregende Briefe von Elternvertretern aus Müllrose und Dallgow-Döberitz erreicht. Dort seien Eltern gezwungen, ihre Kinder in die Nachhilfe schicken, weil in den Schulen zu viele Unterrichtsstunden ausfielen. (im Druck leicht gekürzt, ohne Nennung der Orte)

[pnn 2.4.2013, im Internet 1.4. zu Unterrichtsausfall](#)

Auch Unterrichtsausfall spiele eine nicht unwesentliche Rolle, erklärte der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach“ (Internetartikel 1), „Auch Unterrichtsausfall spiele eine nicht unwesentliche Rolle, erklärte der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach. Ihn hätten besorgniserregende Briefe von Elternvertretern aus Müllrose und Dallgow-Döberitz erreicht. Dort sehen sich Eltern gezwungen, ihre Kinder in die Nachhilfe zu schicken, weil in den Schulen zu viele Unterrichtsstunden ausfielen.

[MOZ 7.3.2013 Schulbus immer seltener](#)

Der Landeselternrat will gegen die seiner Ansicht nach ungleiche Behandlung bei der Schülerbeförderung in den Landkreisen vorgehen und diese durch das Land finanzieren lassen. Eltern würden je nach Finanzkraft des Kreises unterschiedlich an den Kosten beteiligt.

Nachdem Zuschüsse des Brandenburger Bildungsministeriums von jährlich vier Millionen Euro an die Kreise und kreisfreien Städte weggefallen sind, sollen die Eltern im Landkreis Potsdam-Mittelmark künftig einen Teil der Schulbuskosten tragen. ... Für den

Landeselternrat stellt die unterschiedliche Finanzierung des Schulbusverkehrs eine Ungleichbehandlung dar. "Der Zugang zur Bildung ist nicht mehr gleich", sagt deren Sprecherin Sigrid Bartholomé.

Mal sei die Entfernung, mal das Alter des Kinders ausschlaggebend. Ob Eltern zahlen müssen, hänge letztlich davon ab, wie gut es dem jeweiligen Landkreis geht. Deshalb habe man für die nächste Änderung des Brandenburger Schulgesetzes angeregt, die Finanzierung des Schülerverkehrs komplett dem Land zu übertragen. ...

Für den Landeselternrat ist das nicht die Lösung. Er sieht bei der Finanzierung allein das Land in der Pflicht. Torsten Gärtner, stellvertretender Sprecher des Gremiums, berichtet von Fällen, wo Kinder auf dem Weg zur Schule an der Grenze von zwei Landkreisen von einem Bus in den des anderen Kreises umsteigen mussten. "Schulschließungen und daraus folgende weite Wege dürfen nicht die Eltern ausbaden."

[pnn 28.2.2013 „Einschulung künftig mit sechs Jahren“](#) „Leistungsdruck und Stundenausfall“

„Der Landeselternrat begrüßt die Entscheidung: Damit würden etliche Probleme behoben werden, die im Nachgang der bisherigen Regelung entstanden seien, sagt der stellvertretende Sprecher Torsten Gärtner. So hätten manche Abgänger der 10. Klasse Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, da sie erst 15 Jahre alt seien.

Brandenburg plant aber noch weitere Rollen rückwärts: So will Bildungsministerin Martina Münch auch die von ihrem Vorgänger eingeführten Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 6 zurücknehmen. Die Arbeiten hatten für Unmut bei Eltern und Gewerkschaften gesorgt. Die Tests seien aufwändig gewesen und hätten wenig Erkenntnis gebracht, sagt Landeselternratssprecher Wolfgang Seelbach.“

26.2.2013 MAZ zum Schulesen

Nach der Erfahrung von Wolfgang Seelbach, Landeselternsprecher, sind manche Eltern bereit, für das Essen ihrer Sprösslinge „mehr als drei Euro zu zahlen, bei anderen ist bei zwei Euro Schluss“.

MAZ 20.2.2013 Wie sinnvoll ist das Sitzenbleiben?

„Sitzenbleiben verbessert die Arbeitshaltung nicht. Es demotiviert eher“, ist auch der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach, überzeugt.

MAZ 19.02.2013 zu Verkehrserziehung

Auch die Eltern sind besorgt. „Die Polizei nimmt zwar weiter die Radfahrprüfung ab, aber die Verkehrserziehung wird komplett in die Hände der Schulen gelegt“, sagt Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landeselternrates. Vielerorts fehlten aber geschulte Verkehrserzieher.

[Berliner Zeitung 15.1.2013 zu Reisekostenerstattung bei Klassenfahrten](#)

Immer wieder gebe es auf Elternabenden ungläubiges Staunen bis Empörung über die gängige Praxis, sagt der Vorsitzende des Landeselternrats, Wolfgang Seelbach. Es sei demütigend, wenn die Kosten für Lehrer aus der Klassenkasse gezahlt werden oder gar Schüler für die Lehrer sammeln. Freifahrten, die Reisebüros ab einer gewissen Personenzahl anbieten, dürften Lehrer nicht annehmen, sonst machten sich wegen Bestechlichkeit strafbar.

[Lausitzer Rundschau 14.1.2013 zu Reisekostenerstattung bei Klassenfahrten](#)

"In der freien Wirtschaft wären solche Zustände undenkbar", kritisiert Landeselternratsvorsitzender Wolfgang Seelbach. Immer wieder gebe es auf Elternabenden Erstaunen bis Empörung über die gängige Praxis. Es sei demütigend, wenn die Kosten für Lehrer aus der Klassenkasse gezahlt werden oder Schüler für die Lehrer sammeln, sagt Seelbach. Üblich seien auch Freifahrten, die Reisebüros ab einer gewissen Personenzahl anbieten. Lehrer könnten diese aber nicht annehmen, sonst machten sie sich wegen Bestechlichkeit strafbar.

siehe auch <http://www.news4teachers.de/2013/01/klassenfahrten-auf-lehrerkosten-gew-unterstutzt-klagen/>

und [Nordkurier 14.1.2013 Klassenfahrt auf eigene Kosten](#)

MAZ 10.1.2013 Gemeinsames Abitur

Brandenburg hat als Antwort auf den Rückgang der Schülerzahlen sein Oberstufensystem reformiert. In den Kernfächern haben Brandenburger Gymnasiasten dadurch eine Wochenstunde Unterricht weniger als Berliner Gymnasiasten.

„Brandenburger müssten also mit insgesamt 80 Stunden weniger pro Fach die gleichen Leistungen bringen“, so der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach. Dagegen hatte sich Widerstand geregt: In Potsdam und in Oranienburg wurden Eltern- und Schülerinitiativen gegründet, die einen Stopp des gemeinsamen Abiturs unter den ungleichen Bedingungen forderten.

Dialog über Inklusion

Am 23.10.2012 fand ein Bildungspolitischer Dialog unter dem Motto „Inklusive Schule, Schule der Zukunft?“ statt. Eingeladen hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Moderatorin war Professorin Dr. Dörte Putensen.

MAZ zum Amoklauf 18.12.2012

Wolfgang Seelbach ist Sprecher des Brandenburger Landeselternrates und hat selbst vier Kinder durch die Schule gebracht. „Das alles geht einem sehr nahe“, sagt er. „Vor allem die Sache mit den sechsjährigen Mädchen trifft einen stark.“ Seelbach spricht über den Amoklauf im amerikanischen Newtown (Connecticut), wo am Freitagabend 28 Menschen starben, darunter 20 Kinder. „Da trauert man mit, dass ist grässlich“, sagt er.

Die Trauer über die grausame Gewalttat ist das eine. Auf der anderen Seite sind die USA aber auch seltsam weit entfernt. Nach seiner Wahrnehmung fühlten sich die meisten Brandenburger Eltern durch den Amoklauf „nicht direkt bedroht“, berichtet Seelbach: „Man hat Vertrauen, dass wir hier eine andere Kultur haben.“ Eine andere Kultur, mit Waffen und mit Konflikten umzugehen.

MAZ 14.12.2012 zur neuen GOSTV

Während die Hauptstädter weiterhin zwei Leistungskurse à fünf Wochenstunden belegen, sind es in der Mark fünf Kurse auf erhöhtem Anspruchsniveau mit jeweils nur vier Stunden. „Brandenburger müssen also mit rund 80 Stunden weniger pro Fach die gleichen Leistungen erbringen“, erklärt der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach.

MAZ 11.10.2012 zu Zuschüssen für Schulessen

Nach der Brechdurchfall-Epidemie an ostdeutschen Schulen fordert Brandenburgs Landeselternrat, die Ausgaben für das Schulessen zu erhöhen. Wie der Elternratssprecher Wolfgang Seelbach gestern der MAZ sagte, müssten vor allem die Eltern für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder tiefer in die Tasche greifen. Zudem sollten die Kommunen als Träger der Schülerspeisung ihre Zuschüsse erhöhen. Seelbach kündigte für die Sitzung des Landesschulbeirats am kommenden Samstag den Auftakt einer entsprechenden Debatte an.

[pnn zum "Streik" der Lehrkräfte 22.11.2012](#)

Bei den Eltern in Brandenburg stößt der großflächige Unterrichtsausfall am heutigen Donnerstag zwar nicht auf Begeisterung, aber auf Verständnis. „Auch Lehrer haben als Arbeitnehmer Rechte“, sagte der Sprecher des Landeselternrats, Wolfgang Seelbach, am Mittwoch. „Und die Lehrer arbeiten an der Belastungsgrenze, da ist guter Unterricht kaum zu machen. Die Personalausstattung ist einfach zu knapp, der Ausfall durch Krankheit zu hoch.“

[Tagesspiegel am 22.11.2012 zum "Streik" der Lehrkräfte](#)

Bei den Eltern in Brandenburg stößt der großflächige Unterrichtsausfall am heutigen Donnerstag zwar nicht auf Begeisterung, aber auf Verständnis. „Auch Lehrer haben als Arbeitnehmer Rechte“, sagte der Sprecher des Landeselternrats, Wolfgang Seelbach am Mittwoch. „Und die Lehrer arbeiten an der Belastungsgrenze, da ist guter Unterricht kaum zu machen. Die Personalausstattung ist einfach zu knapp, der Ausfall durch Krankheit zu hoch.“

Berliner Morgenpost vom 21.11.2012

... Der Sprecher des Landeselternrates, Wolfgang Seelbach, verweist aber auch auf das Recht der Lehrer, das auch für jeden Arbeitnehmer in der Wirtschaft gelte. "Wir brauchen Lehrer, die motiviert und nicht ausgelaugt sind", sagte Seelbach. ...

MAZ 11.10.2012 Zuschüsse für Schulessen

Elternratssprecher Seelbach plädiert dafür, Verträge mit Versorgern abzuschließen, die eher regionale Produkte verarbeiten. Es habe auch einen pädagogischen Effekt, wenn man Kinder nahe bringe, dass es jetzt keine frischen Erdbeeren gebe, sondern Äpfel, Birnen und Zwetschgen. Die Epidemie habe Eltern nachdenklich gemacht, sagte er.

[MOZ 11.10.2012 zum Schulessenspreis](#)

Dieses Dilemma erkennt auch Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landeselternrates. "Wir müssen vor allem die Eltern davon überzeugen, dass es wichtig ist, auf Qualität zu achten und etwas mehr Geld für das Essen der Kinder auszugeben", lautet sein Fazit aus der jüngsten Krankheitswelle. Auch er sieht die Versäumnisse nicht bei Sodexo, sondern verweist auf gesellschaftliche Defizite im Umgang mit Essen. Bereits am Freitag auf der Sitzung des Landesschulbeirats wolle er eine Debatte über das Thema anregen, sagt Seelbach. Er räumt aber ebenfalls ein, dass der Spielraum begrenzt sei. "Es gibt viele Familien, die kaum mehr zahlen können." Eine Zwei-Klassen-Versorgung an den Schulen und damit eine

soziale Differenzierung über das Essen sei jedoch nicht wünschenswert. "Möglicherweise müsste hier der Staat gezielt und unbürokratisch helfen", überlegt Seelbach.

MAZ 09.10.2012 zu Entschädigung für Noroviren

Wolfgang Seelbach, Sprecher der Landeselterninitiative Brandenburg, erklärte: „Eine Entschädigung ist eine richtige Geste.“ Viel wichtiger aber sei es, Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen. Sodexo müsse Maßnahmen ergreifen, damit so etwas nie wieder passiere. Außerdem sollte man stärker auf Essensanbieter aus der Region setzen.

MAZ 6.10.2012 Freigabe der Jagd auf öffentlichen Plätzen

Wolfgang Seelbach vom Landeselternrat findet ohnehin, dass Schulen und Eltern vorher hätten konsultiert werden müssen. Schulen befänden sich oft am Waldrand, „Kinder spielen gern im Gebüsch“ und seien deshalb besonders gefährdet, kritisiert er.

[Leserbrief in den pnn 16.08.2012 zum sogenannten Einstellungsrekord](#)

Stellungnahme des Landesrates der Eltern Brandenburg (LER) zum sogenannten Einstellungsrekord an Lehrkräften:

"Unter der Überschrift „Einstellungsrekord“ verbreitet das Bildungsministerium die Nachricht, dass jetzt 450 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Dabei waren ursprünglich 100 bis 200 vorgezogene Einstellungen mehr eingeplant, um der absehbaren Knappheit an Lehrpersonal zu begegnen.

Der Landeselternrat ist enttäuscht darüber, dass die Einstellungen nicht zukunftsorientiert sind und gerade mal den vorhandenen Bedarf abdecken. Damit ist wieder eine Chance vertan, den hohen Unterrichtsausfall zu senken und eine Vorsorge für die nächsten Jahre zu treffen, in denen viele Lehrkräfte den Dienst aus Altersgründen beenden werden.

Wolfgang Seelbach, Sprecher des LER"

[MOZ 6.8. zu Erstklässler-Käppis](#)

“Schulanfänger sind Verkehrsanfänger”, sagt Manuel Helbig von der Verkehrswacht Cottbus. “Wir werden deshalb weiterhin an der roten Mütze festhalten.” Diesen Wunsch hat auch der Landeselternrat, dessen Sprecher Wolfgang Seelbach den Entschluss der Landesverkehrswacht bedauert.

[CDU-Veranstaltung "Inklusion Ja, aber richtig"](#)

"Der Sprecher des Landeselternrates begrüßt das klare Bekenntnis von Gordon Hoffmann zur Inklusion. Der Landeselternrat habe sich für das Konzept der Pilotschulen Inklusion eingesetzt, weil er sich damit eine Verbesserung der Unterrichtsqualität erhoffe. Allerdings sei die Ministerin mehrmals darauf angesprochen worden, das Konzept auf die weiterführenden Schulen und den Hortbereich auszuweiten. Es könne nicht sein, dass die Oberschule allein die Hauptlast der Inklusion tragen müsse." *www.bildungsverteiler.de*

[23.5.2012 Ungewisse Zukunft der Förderschule](#)

"Natürlich sind Einrichtungen wie die Schwedter Schule in ihrem Bestand gefährdet", sagt auch der Schwedter Stadtverordnete und Landeselternratsmitglied Torsten Gärtner (parteilos). "Es wird aber immer einen kleinen Prozentsatz an Kindern geben, die nicht in eine normale Schule gehen können." Bis 2014, meint er, könne man über Schulschließungen noch nichts Genaues sagen. Das Personal müsse sich keine Sorgen machen, die Lehrer werden an den anderen Schulen gebraucht. In Angermünde haben die Eltern gegen die Schließung der Förderschule demonstriert, sie hatten vor allem Angst, dass ihre Kinder an einer normalen Schule ausgegrenzt werden. "Die Kinder müssen lernen, mit behinderten Kindern umzugehen. Das ist ideal für die soziale Schulung", meint Torsten Gärtner. "Voraussetzung, dass die Inklusion positiv verläuft, ist, dass die Kinder mit Lernschwierigkeiten von allen akzeptiert werden. Ich sehe da eher das Problem bei den Erwachsenen", meint Gärtner. Denn wenn in einer Klasse später 20 "normale" Kinder sitzen und dazu fünf, die dem Unterricht nicht so folgen können, weil einer Lernschwierigkeiten hat, ein anderer taub ist, ein anderer sozial auffällig, werde es vor allem für den Lehrer schwierig, zu unterrichten. An der Schwedter Förderschule hat eine Klasse nur fünf bis zwölf Schüler. "Die Inklusion ist grundsätzlich zu begrüßen, aber die Voraussetzung ist, dass es gelingt, alle zu fördern. Dafür sind die Klassen an den normalen Schulen zu groß."

[Fachkonferenz der SPD „Brandenburg2030 Zukunft von Bildung und Wissenschaft“](#)

MAZ 19.04.2012 zur Elternbeteiligung an Lernmitteln

Lexika, Taschenrechner, Kopien. Im Laufe eines Schuljahres kommt einiges zusammen. 100 bis 200 Euro, je nach Jahrgang und Schule, seien keine Seltenheit, meint Wolfgang Seelbach. So viel müssen Eltern in Brandenburg für Unterrichtsmaterialien schon mal hinlegen, schätzt der Sprecher des Landeselternrates.

Stattdessen müssen die Kommunen und Landkreise als öffentliche Schulträger die Kosten für die Unterrichtsmaterialien tragen, wie das Oberverwaltungsgericht in Bautzen am Dienstag urteilte. Ein Entscheid, der auch im Nachbarland Brandenburg für Aufsehen sorgt. „Wir begrüßen das Urteil sehr“, sagt Elternvertreter Wolfgang Seelbach. Zurzeit würde auch in Brandenburg ein hoher Teil der Kosten auf die Eltern abgewälzt. „Das ist ein ständiges Ärgernis.“ Zumal die Kostenbeteiligung je nach Kommune sehr unterschiedlich ausfalle. „Das führt zu sozialen Ungerechtigkeiten“, sagt Seelbach. Mit dem Bautzener Urteil in der Hand wollen die märkischen Eltern nun zunächst politischen Druck auf Land und Kommunen machen. Rechtliche Schritte würden geprüft.

MOZ 13.04.2012 zu Defiziten im Englischunterricht

Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landeselternrats, plädierte mit Verweis auf die enormen Defizite in Englisch dafür, Weiterbildung zur Pflicht zu machen. Da es jedoch unfair sei, Lehrer in den Sommerferien zwangsweise abzukommandieren, schlug er vor, die Kurse teilweise in die Arbeitszeit zu legen.

4.4.2012 rbb aktuell zu Inklusion

Der rbb-Bericht in „brandenburg aktuell“ am 4.4.2012 begann mit einer Beschreibung des „umstrittenen“ Vorhabens und der „wahrscheinlich bisher schwersten“ Aufgabe von Frau Dr. Münch. Die Pilotschulen wurden erwähnt und die Förderbedarfe Lernen und Sprache genannt. In Szene gesetzt wurden geistig behinderte Kinder.

Aus der Pressekonferenz wurde Frau Dr. Münch mit Erläuterungen zur Inklusion und Aussagen zur Individualisierung gezeigt. Inklusion bedeute, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten und Begabungen gefördert würde.

Für die Opposition, die das Vorhaben kritisch sieht, sprach Marie Luise von Halem (B90/Grüne). Sie antwortete auf die Frage, ob die 100 Lehrkräfte, die für die Inklusionsschulen eingestellt würden, ausreichen. Die Lehrkräfte müssten umdenken und anders handeln, als sie jahrelang praktiziert hätten. „Das muss sehr sehr gut betreut werden, da sehe ich nicht ausreichend Ressourcen.“

Unterstützung gab es dagegen von den sonst so kritischen Eltern. Wolfgang Seelbach wurde als Sprecher des Landeselternrats zur Inklusion befragt:

„Wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind und die Lehrer das entsprechend umsetzen können, ist
das

ein Gewinn für alle. Deswegen setzen wir uns klar für das Modell Inklusion ein, fordern allerdings, dass die entsprechenden Ressourcen geschaffen werden. Denn eins darf man nicht vergessen. Wenn ein behindertes Kind nicht richtig integriert – oder inkludiert – wird: Das führt zur Verwahrlosung.“
<http://www.bildungsverteiler.de/2012/04/inklusion-im-rbb-4-4-2012/>

MOZ 8.2.2012 zum SEP HVL

Nach der jüngsten Sitzung hat der Kreisschulbeirat den Schulentwicklungsplan des Havellandes zwar grundsätzlich begrüßt, doch auch Sorgenfalten sind auf der Stirn des Gremiums-Vorsitzenden, Wolfgang Seelbach, zu sehen.

So sei der dramatische prozentuale Rückgang des Anteils der Oberschulen gemessen an den Schülerzahlen besorgniserregend, wie er betonte. Im vorangegangenen Planungszeitraum von sechs Jahren habe sich der Anteil der Oberschulen von knapp 40 auf 22 Prozent nahezu halbiert. Fast gleichzeitig habe sich der Schüleranteil der Gesamtschulen fast verdoppelt.

„Viele Schüler kommen an die Oberschulen, weil sie von Gymnasien und Gesamtschulen abgelehnt werden mussten. Ohne diese Schüler wäre der Trend noch stärker“, meinte Seelbach. Er regte an, dass über Konsequenzen hinsichtlich des Schulangebotes dringend nachgedacht und diskutiert werden sollte.

Weil auch die Steigerung der Abgänger von Grundschulen bei einigen weiterführenden Schulen zu räumlichen Engpässen führen soll, müssten Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden, so Seelbach.

MOZ 26.11.2011 zur Wahl des neuen Elternsprechers

Der Havelländer Wolfgang Seelbach ist zum neuen Vorsitzenden des Landeselternrats Brandenburg gewählt worden. Zudem hat er das Amt des Sprechers übernommen. Seelbach, der in bildungspolitischen Angelegenheiten die Interessen der Elternschaft nun auch auf Landesebene vertritt, wird von den Vorstandsmitgliedern Sigrid Bartholomé (Uckermark), Silke Löwe (Elbe-Elster), Torsten Gärtner (Uckermark) und Jörg Hoffendahl (Barnim) unterstützt.

Für ihn und seine Mitstreiter stehen die Themen Inklusion und Unterrichtsausfall derzeit weiterhin auf der Agenda ganz oben. „Die Klagen reißen nicht ab. Das große Problem an den Schulen bleibt der Unterrichtsausfall. Die offiziellen Zahlen, die vom Land herausgegeben werden, passen nicht. Nach unseren Berechnungen kann der Unterrichtsausfall landesweit auf sechs bis acht Prozent beziffert werden. Offiziell sind es 1,5 Prozent“, sagte Seelbach.

Der Sprecher des Landeselternrats fordert eine angemessene und sinnvolle Vertretungsreserve, nicht zuletzt, weil der Krankheitsstand bei Lehrern landesweit bei rund

sechs Prozent liegt. „Der Vertretungspool müsste entsprechend angepasst werden, um den Ausfall kompensieren zu können.“

Mit Blick auf den qualitativen Aspekt forderte Seelbach, dass der Vertretungsunterricht grundsätzlich besser vorbereitet werden müsste. Selbständiges Arbeiten mit individuell angepassten Lerneinheiten seien ein sinnvoller Weg. Würde dieser eingeschlagen, müssten nicht immer Fachlehrer Vertretungen übernehmen. Wenngleich das in der Praxis mit einem hohen Arbeitsaufwand für Lehrer verbunden ist, würde sich ein kompetenzorientierter Unterricht, wo niemand hinten herunterfällt oder sich langweilen muss, in jedem Fall lohnen.

„Unterricht ist dann hochwertig, wenn jedes Kind die Chance hat, alle seine Fähigkeiten und Anlagen ohne Druck und Angst optimal zu entwickeln“, betonte Seelbach. Obschon die Landesregierung beim Thema Inklusion zu „schnell vorgeprescht ist“, befürwortet der Landeselternrat unabhängig davon weiterhin das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Handicap. „Es profitieren alle davon. Bestimmte Voraussetzungen müssen aber gegeben sein, um in der Praxis Erfolg zu haben. So darf zum Beispiel die sonderpädagogische Versorgung in keinem Fall zurückgefahren werden“, betonte Seelbach.

Dass sich die Lehrer ohnehin weiterbilden müssten, sei klar. Auch die Klassenfrequenz dürfe die Zahl 22 nicht überschreiten. Von Frontalunterricht hält der Sprecher des Landeselternrates im Übrigen überhaupt nichts. „Begabte werden nicht gefördert und Schwache kommen nicht mit. Das selbständige Arbeiten ist leider bisher noch nicht so verbreitet, wie es eigentlich notwendig ist. Das Stationenlernen ist effizienter“, so Seelbach.



"Die Stimme der Eltern"

Interview mit dem neu gewählten Landeselternsprecher in der MAZ

[Seelbach Interview MAZ.pdf](#)

PDF-Dokument [654.9 KB]

Die Stimme der Eltern

Dr. Wolfgang Seelbach ist neuer Vorsitzender des Brandenburgischen Landeselternrats



An der Spitze des Landeselternrats: Wolfgang Seelbach.

ARCHIVFOTO: OLIVIER FISCHER

Wenn das brandenburgische Bildungsministerium in den nächsten Monaten sein Konzept für Inklusionsschulen zurechtfeilt oder darüber nachdenkt, wie man Unterrichtsausfälle reduzieren kann, wird er mittendrin sein: Wolfgang Seelbach, 58, aus Dallgow-Döberitz.

Seelbach ist seit dem 19. November Vorsitzender des Landeselternrats. Das heißt, er führt eine 40-köpfige Gruppe an, die in der Bildungspolitik die Interessen der Eltern vertritt. Das ist ein Gebiet, auf dem er Erfahrung hat. Er weiß wie es in Schulen zugeht – und das nicht nur, weil seine Töchter ihm hin und wieder erzählen, dass die zweite Stunde ausgefallen ist und es in der vierten bei einem Test mittelmäßige Zensuren hagelte.

Seelbach ist selbst Lehrer, er kennt beide Seiten und kann deshalb stundenlang über die Probleme in den Schulen und die Hintergründe reden. Die Einblicke kamen ihm schon in Dallgow zugute, wo er dreieinhalb Jahre lang Elternsprecher an der Grundschule war. Dabei habe er sich ursprünglich nicht in dieser Form engagieren wollen, sagt er heute. Seelbach, geboren in Siegen in Nordrhein-Westfalen, arbeitet seit 1981 in Berlin, erst an einer Hauptschule, später an einer Berufsschule, „Ich wollte das nicht vermengen“, sagt er. Als er jedoch sah, dass die Elternarbeit brach lag und niemand den Sprecherposten übernehmen wollte, erklärte er sich doch bereit.

Er baute in der Folge ein aktives Elternngremium auf und stritt sich mit dem Schulleiter über neue Unterrichtsformen, gegen die sich damals die Lehrerschaft mehrheitlich sträubte, die inzwischen aber weitgehend eingeführt wurden. „Das freut mich natürlich“, sagt Seelbach. Als das letzte seiner drei schulpflichtigen Kinder ans Gymnasium wechselte, musste er sein Amt an der Grundschule aufgeben. Weil er aber Gefallen an der Arbeit gefunden hatte, blieb er ihr treu. In Falkensee setzte er sich für mehr Abiturplätze ein. Er wurde Mitglied im Kreiselternrat und Vorsitzender des Kreisschulbeirats. Dort arbeitet er am Schulentwicklungsplan mit. Im Lise- Meitner-Gymnasium, das seine Kinder besuchen, wurde er Elternsprecher.

„Das ist schon viel Arbeit“, sagt er. Und jetzt, wo ihn der Landeselternbeirat zum Nachfolger der Falkenseerin Christine Schaade gewählt hat, kommen noch einmal drei Stunden täglich obendrauf. „Zumindest in der Anfangszeit“, sagt Seelbach. Deshalb muss ich an anderer Stelle etwas weniger machen, anders geht es nicht.“

Die Arbeit im Landeselternrat ist nicht ohne. Der Rat muss sich auf Positionen zu bestimmten Themen einigen – was mitunter bei bis zu 40 Mitgliedern eine Herausforderung ist. Dann arbeitet er dem Landeschulbeirat zu, in dem neben den Eltern auch Schüler, Lehrer und Vertreter von Kirchen und anderen Trägern sitzen, die ihre eigenen Positionen vertreten. In dem Gremium wird dann mit dem Bildungsministerium auch über neue Gesetzentwürfe diskutiert. Dabei habe man schon gute Ergebnisse erzielt, sagt Seelbach. So sei das Land beim Thema inklusive Schule in mehreren Punkten von ihrem recht rigiden Plan abgewichen und auf einem guten Weg zu einer Lösung, die für alle Beteiligten praktikabel ist.

Die inklusive Schule ist ein Thema, das Seelbach auch wegen seiner beruflichen Vergangenheit interessiert. Als Hauptschullehrer hatte er mit verhaltensauffälligen und lernschwachen Schülern zu tun, die künftig in Brandenburg nicht mehr in Förderschulen, sondern an der Regelschule unterrichtet werden sollen. „Wir wussten damals schon, was Inklusion bedeutet und dass man bestimmte Bedingungen braucht, um diese Schüler mitzunehmen“, sagt Seelbach.

„Ich glaube, das hat man im Ministerium inzwischen erkannt.“ *MAZ, 30.11.2011, S.15*